

Riesner Tageblatt



und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Druckerschrift: Tagesblatt Riesner
Jernruß Nr. 20.

Das Riesner Tageblatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen
der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Kantongerichts, der Amtsanwaltschaft beim Kantongericht und des
Rates der Stadt Riesner, des Finanzamts Riesner und des Hauptzollamts Meißen.

Postfachkonto: Dresden 1530
Stroßstraße Riesner Nr. 22.

Nr. 55.

Montag, 7. März 1927, abends.

80. Jahrg.

Das Riesner Tageblatt erscheint jeden Tag abends 7/8 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 2 Mark 25 Pfennig durch Post oder durch Boten. Für den Fall des Eintretens von Produktionsstörungen, Erhöhungen der Löhne und Materialpreisen behalten wir uns das Recht der Preiserhöhung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabebetages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewährung für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für die 39 mm breite, 8 mm hohe Grundchrift-Zeile (6 Silben) 25 Gold-Pfennige; die 29 mm breite Kleinschrift-Zeile 100 Gold-Pfennige. Zeitraube und tabellarischer Satz 50%, Aufschlag, feste Tarife. Beiliegendes Adressbuch, wenn der Betrag versandt, durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Anspruch gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesner. Wöchentliche Unterhaltungsbeilage "Erzähler an der Elbe". — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Verlegerin oder der Verlegerin — hat der Besteller keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Sanger & Winterlich, Riesner. Geschäftsstelle: Marktstraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Uhlmann, Riesner; für Anzeigen: Wilhelm Glitzsch, Riesner.

Soziale Fragen des Tages.

Nach seiner Wiedereröffnung wird sich der Reichstag seit längerer Zeit wieder einmal mit Sozialpolitik befassen, und zwar mit Problemen, die für die Entwicklung unserer Wirtschaft und die Gestaltung unseres Arbeitslosenproblems von einschneidender Bedeutung sind. Seit nahezu einem Jahre sind die Kämpfe auf dem Gebiete des Arbeitsrechts und der Lohnbewegung auf einem gewissen Stillstand gekommen. Dies war hauptsächlich dem Umstand zuzuschreiben, daß die vor hauptsächlich dem Umstand zuzuschreiben, daß die deutsche Wirtschaft eine Krise durchmacht, hinter der alle Fragen der Sozialpolitik zurücktreten mußten. Inzwischen hat sich die Wirtschaftslage Deutschlands etwas gebessert. Im Gegensatz zu dieser allmählichen Gesundung der deutschen Wirtschaft ist in dem Stand der Arbeitslosenfrage keine Wendung zum Besseren eingetreten. Diese Feststellung macht die deutschen Gewerkschaften, als sie im Oktober vorigen Jahres ihre bekannte Eingabe einreichten, zur Grundlage ihrer Forderung auf eine generelle Arbeitszeitverkürzung. Begründet wurde ihr Antrag mit der Erwartung, daß eine solche Arbeitszeitverkürzung es ermöglichen würde, große Massen von Arbeitslosen wieder einer geregelten Berufstätigkeit zuzuführen. Dieser Antrag der Gewerkschaften führte dann auch zu der Fertigstellung des vor kurzem dem Reichstag übermittelten Entwurfes zum Arbeitszeitgesetz. In einem neuen Zusammenhange mit dem Arbeitszeitgesetz steht auch der bereits den parlamentarischen Körperschaften zugeleitete Entwurf über eine Arbeitslosenversicherung, die anstelle der Arbeitslosenunterstützung treten soll. Auch der Entwurf eines Arbeitszeitgesetzes steht zur Zeit im Mittelpunkt der interfraktionellen Ansprachen. Zu diesen Problemen, die schon eine gewisse Bekanntheit erfahren haben, kommen nun noch neue Forderungen aus Gewerkschaftskreisen hinzu, die ebenfalls für eine Erhöhung des Lohnniveaus eintreten. Forderungen, die durch die für den 1. April vorgesehene Wiedereinführung an Gewicht gewinnen.

Bei allen diesen nach Klarheit klingenden Problemen rückt die deutsche Sozialpolitik in die Nähe der Arbeitslosenfrage die wichtigste. Daß der Vorschlag des Reichstagspräsidenten, Herr Dr. Reinhold, in einer etwas unmissverständlichen Bewertung der Vorarbeiten für die Arbeitslosenversicherung den Vorschlag und Gemeinden die Zusage gemacht, daß das Reich ihnen nach dem 1. April 1927 ihre Ausgaben für die Arbeitslosenversicherung abnehmen, das heißt, sie ihnen zurückzahlen würde. Diese Zusage knüpfte Dr. Reinhold an seine Überzeugung, daß die geplante Arbeitslosenversicherung am 1. April d. J. durch den Reichstag verabschiedet und in Kraft treten würde. Inzwischen hat sich jedoch herausgestellt, daß noch eine geraume Zeit verfließen wird, bis das Arbeitslosenversicherungsproblem eine annehmbare Gestaltung findet. Für das Reich entsteht hierdurch die unangenehme Verpflichtung, die Zusage des Dr. Reinhold einzuhalten, ohne daß die Arbeitslosenversicherung in Kraft getreten ist, was die Reichsfinanzverwaltung zu neuen Ausgaben zwingt, die sich auf monatlich rund 35-40 Millionen Mark belaufen und für die im Reichshaushalt keine Mittel, also auch keine Deckung vorhanden sind. Trotzdem ergründen die eilige Verabschiedung des Arbeitslosenversicherungsgesetzes notwendig machen müßten, gehen doch die Beratungen über die Gestaltung der Versicherung, ihren Aufbau und ihre Organisation sehr langsam voran. Am unmissverständlichsten von diesen um akut gewordenen Problemen einer deutschen Sozialpolitik dürfte der Entwurf des neuen Arbeitszeitgesetzes sein. Die Wirtschaft wehrt sich energisch gegen die durch das Gesetz vorgesehene Schematisierung der Arbeitszeit. Sie fordert die Zulässigkeit von erforderlichen Ausnahmen, ohne Abhängigkeit von der Genehmigung parteipolitisch beeinflusster Instanzen. Da in der Frage der Arbeitszeit die Meinungen der Arbeiterparteien zum Teil unüberbrückbar sich gegenüberstellen, und, wie festzustellen ist, die Mehrheiten, die hinter diesen Meinungen stehen, sich in ihrer Stärke die Waage halten, so hat man auch hier noch mit großen parlamentarischen Kämpfen zu rechnen, deren Ergebnis heute noch nicht abzusehen ist.

Kommt das Anwerter-Vollbegehren?

nd. Berlin. Unter dieser Überschrift erinnert das "8 Uhr-Abendblatt" an den von der Reichsarbeitsgemeinschaft der Anwerter, Geschädigten und Mieterorganisationen beim Reichsinnenminister gestellten Antrag auf Zulassung eines neuen Volksbegehrens über Anwerterfragen, dem ein ausgearbeiteter Gesetzentwurf mit dem Titel "Wiederherstellung des Volkseigentums" anhangt. Das Reichsinnenministerium sei gegenwärtig mit dem Studium des Gesetzentwurfes und der ihm beigegebenen umfangreichen politischen Denkschrift beschäftigt. Anfang dieser Woche werde im Reichsinnenministerium eine persönliche Aussprache zwischen Minister v. Kundell und den leitenden Herren der Reichsarbeitsgemeinschaft stattfinden, in der der modus procedendi für die Weiterbehandlung der Angelegenheit festgelegt werden dürfte. Wahrscheinlich sei, daß der Innenminister nicht allein die Verantwortung für die Entscheidung in einer Aktion von so eminent politischer Bedeutung zu tragen gewillt ist, sondern einen Beschluß des Gesamtkabinetts herbeiführen werde.

80 Opfer eines Dampferzusammenstoßes.

K. Paris. Nach einer Meldung aus Schanghai stehen auf den Kanälen zwei Passagierdampfer zusammen. Der eine mit 80 Passagieren kam in wenigen Minuten. Niemand konnte gerettet werden.

Tagung des Völkerbundsrates in Genf.

K. Genf, 7. März. Die heute vormittag 11 Uhr beginnende Ratssitzung bezieht im allgemeinen einer verhältnismäßig ruhigen Auffassung in Bezug auf die Möglichkeit von Ergebnissen, die nicht durch die umfangreiche Tagesordnung — nunmehr 40 Punkte — umrissen sind. Die Tatsache, daß der deutsche Reichsminister Dr. Stresemann den Vorkiss führt, ist zu den verschiedensten Kombinationen benutzt worden. Sie sind vollkommen abwegig, da die alphabetische Reihenfolge diesen Vorkiss herbeiführt hat. In der Tagesordnung liegt das sogenannte Kompromiß vor, das von der Regierungskommission des Saargebietes gegen die Stimme des saarländischen Vertreters im Rate unterbreitet worden ist. Diese Vorschläge weisen verschiedene offensichtliche Mängel auf, so in der Zurückziehung der französischen Truppen, die an kein bestimmtes Datum geknüpft ist. Die Verhandlungen werden darauf abzielen müssen, in erster Linie den genauen Entschluß für die Zurückziehung der französischen Truppen festzusetzen. Zur Frage des obersteilischen Schulstillschließens liegt dem Rat eine Petition von 7041 Bewohnern des Obersteilens vor, die durch den Leiter polnischer Muttersprache, um den Besuch der deutschen Schule für ihre Kinder einkommen, weil ihnen eine doppelte Kultur unerlässlich erscheint. Es ist kaum anzunehmen, daß diese Frage in der gegenwärtigen Tagung entschieden wird, vielmehr ist zu erwarten, daß sie einem Entschluß des Saager Gerichts unterworfen werden wird.

Die ersten Besprechungen der Außenminister.

* Genf, 6. März. Nach der einstündigen Unterredung mit Briand hatte Dr. Stresemann von etwa 6 bis 8 Uhr eine Besprechung mit Chamberlain.

Unterredung Dr. Stresemanns und Briand.

Paris. (Frankfurt.) Ueber die gestrige Unterredung zwischen Briand und Dr. Stresemann berichtet daraus aus Genf: Man hat sich über die französisch-deutschen Beziehungen ausgesprochen, auf den bereits zurückgelegten Weg und den zur Besserung der Beziehungen der beiden Länder noch zurückzulegenden Weg einen Ueberblick geworfen. Briand und Stresemann sind einmütig gewesen, festzustellen, daß keiner von ihnen den Wunsch, sich der Wiedernäherung der beiden Länder zu widmen, irgendwie und in irgendeinem Punkte abgeändert habe. Der Abschluß dieser gemeinsamen Politik erfordert natürlich eine freimütige Zusammenarbeit der beiden Völker, stellt also eine Opportunitätsfrage hinsichtlich gewisser Maßnahmen dar, die von der öffentlichen Meinung in Deutschland bedarrlich gefordert werden und die von gewissen Bedingungen abhängen, die bis jetzt noch nicht erfüllt worden sind, da seit der Zusammenkunft von Vitoria Deutschland noch keinen bestimmten Vorstoß als Gegenleistung für eine etwaige Räumung der Rheinlandgebiete gemacht hat. Es scheint auch nicht, daß bei der Zusammenkunft von gestern abend Stresemann nach dieser Richtung irgendein neues Moment beigebracht hätte. Sollte das noch geschehen, so müßte man immer noch bedenken, daß es sich nicht um ein ausschließlich deutsch-französisches Problem handelt, daß es vielmehr auf Grund der bestehenden Verträge auch die Alliierten Frankreichs interessiert. Das sind einige der tatsächlichen Wahrheiten, die Briand wahrscheinlich gegenüber Stresemann vorgebracht hat. Der Eindruck in französischen Kreisen war gestern abend übrigens der, daß demnach auf alle Fälle, aber nicht in Genf, Verhandlungen über die Rheinlandbesetzung stattfinden würden. Briand gab übrigens einigen Journalisten die Versicherung, daß keine andere Frage als die, die amtlich bekanntgegeben wurde, auf der Ratstagung aufgeworfen werden würde. Er fügte hinzu: "Keine Frage, sei sie alt oder neu". Im übrigen wurde auch über die deutsch-

polnischen Beziehungen gesprochen. Briand hat nach den Unterredungen mit Stresemann und Baleski den Eindruck gewonnen, daß eine gerechte Lösung der Schwierigkeiten dieser Tage vielleicht mit wohlwollender Hilfe Frankreichs und Großbritanniens und unter den Aufsicht des Völkerbundsrates gefunden werden kann.

Die Sonderberichterstatter des Petit Journal und des Petit Parisien in Genf wollen erfahren haben, daß Briand Stresemann auf die jüngste Rede des Grafen Beckers hingewiesen habe, daß der Graf Stresemann Briand jetzt den Text der israel. Rede unterbreite und feststellen konnte, daß diese Rede nicht ganz richtig ins Französische überlegt worden sei. Man müsse aber doch fragen, ob es politisch und klug sei, von einer etwaigen Rückkehr der elsaß-lothringischen Bevölkerung in die deutsche Familie als einer Zukunftsmöglichkeit zu sprechen. Stresemann werde sich sicherlich Rechenschaft darüber abgeben, daß, wenn derartige Zukunftshoffnungen die Form einer Propaganda in den wiedererwonnenen Provinzen annehmen würden, Frankreich nicht verabsäumen werde, sich zu verteidigen.

Das Programm der heutigen Völkerbundsratstagung.

* Genf. Der Völkerbundsrat trat heute vormittag unter dem Vorsitz Dr. Stresemanns um 11 Uhr zunächst zu einer geheimen Sitzung zusammen.

In der öffentlichen Sitzung wird zunächst die Frage der Lagerung von Kriegsmaterial in Danzig zur Sprache kommen. Diese Frage wird voraussichtlich vom Völkerbundsrat zunächst an die im Juni zusammentretende beratende Kommission des Völkerbundes zur Stellungnahme überwiesen werden. Vorläufig soll der Völkerbundsrat in Danzig vom Völkerbundsrat mit der Entscheidung für den einzelnen Fall beauftragt werden. Ferner wird in der Sitzung der Bericht der Mandatskommission über die direkte Anhörung der Vertreter der Mandatsgebiete sowie über den neuen Fragebogen für die Mandatsgebiete zur Sprache gelangen. Des weiteren steht auf der Tagesordnung der Bericht der Opinionskommission sowie das System der Wahl der nichtständigen Staatsmitglieder.

Für den Nachmittag ist heute keine weitere Sitzung des Völkerbundsrates vorgesehen. Am Nachmittag tritt lediglich ein Unterkomitee des Völkerbundes zur Entscheidung über die von Rumänien vor den Völkerbundsrat gebrachten Frage der Kompetenz des gemischten ungarisch-rumänischen Schiedsgerichtshofes in Paris zusammen.

Die vom Völkerbundssekretariat veröffentlichte Tagesordnung für die nächsten Ratssitzungen, die insgesamt jetzt 40 Fragen umfaßt, reicht bis zum Mittwoch, so daß allem Anschein nach mit einer kurzen Dauer der gegenwärtigen Tagung gerechnet werden kann. Nach den bisherigen Dispositionen werden die Fragen der Neuabteilung der Saarregierung sowie des Rückzuges der französischen Truppen aus dem Saargebiet nicht vor Mittwoch zur Verhandlung kommen.

Auf der für Dienstag nachmittag vorgesehenen Völkerbundsratssitzung wird voraussichtlich der Protokoll des obersteilischen Volksbundes behandelt werden.

Eine Erklärung Chinas.

Genf. (Frankfurt.) Das chinesische Staatsmitglied Tschao Schuin Tschao erklärte heute der Presse, er beabsichtige nicht, die chinesische Frage vor dem Etat zur Sprache zu bringen. Die chinesische Regierung habe sich vorbehalten, auf das englische Memorandum an das Völkerbundssekretariat zu antworten, doch besitze er bis zur Stunde noch keine Instruktionen aus Peking. Chinas Haltung sei verständig und seine Ansprüche seien durchaus legitim, da es nur die Anerkennung und Achtung seiner Souveränität und seiner territorialen Unverletzlichkeit verlange.

Der Reichsfinanzminister und die Wünsche der Beamten.

K. Berlin. In den Besprechungen der Beamtenverbände mit dem Reichsfinanzminister wird jetzt von Seiten der beteiligten Beamtenorganisationen noch folgendes mitgeteilt:

In den Verhandlungen nahmen außer den Vertretern der Beamtenverbände, dem Deutschen Beamtenbund, dem A. D. B. und dem Reichsbund der höheren Beamten auch Vertreter der Beschäftigten teil, weil eine Abänderung der Beamtenbesoldung Auswirkungen auch für diese seitigen würde. In der Besprechung wurde von den Organisationsvertretern darauf hingewiesen, daß von der Beamtenschaft nach Lage der Dinge das Inkrafttreten der angeforderten Besoldungsreform bereits am 1. April für erforderlich erachtet wurde.

Einen so nahen Zeitpunkt konnte der Reichsfinanzminister nicht in Aussicht stellen. Er betonte, daß für die notwendigen Verhandlungen mit den Ländern etwa drei Monate angelegt werden müßten, während die Beratungen im Reichstag voraussichtlich schneller zu Ende geführt werden könnten. Danach würde also die Renormierung nicht vor dem 1. Juli d. J. eintreten können.

Ueber zwei Fragen ließ der Minister keinen Zweifel, einmal darüber, daß er an die Durchführung der Besoldungsreform unter allen Umständen im Laufe dieses Jahres herantreten werde und außerdem, daß es sich nicht lediglich um eine Erhöhung im Rahmen des geltenden Besoldungssystems, sondern eine grundlegende Umgestaltung derselben

handeln würde. Wie die Beamtenverbände ferner mitteilen, würde es vielleicht möglich sein, die Aufwendungen für die Besoldungsreform aus den im Etat vorgesehenen Mitteln zu bestreiten, so daß eine Mehrbelastung von Reich und Wirtschaft nicht zu befürchten wäre. Die Reform würde im übrigen in ihren praktischen Auswirkungen lediglich darauf hinauslaufen, die angesichts der Besserung der Wirtschaftslage in der freien Wirtschaft bereits vorgenommenen oder im Gange befindlichen Lohnserhöhungen auch der Beamtenschaft zugute kommen zu lassen.

Tarifverhandlungen bei der Eisenbahn.

nd. Berlin. Zwischen den Vertretern der Eisenbahner-Organisationen und der Direktion der Reichsbahn-Gesellschaft haben am Sonnabend vormittag die ersten Verhandlungen über Neuverteilung des Tarifvertrages stattgefunden. Die Verhandlungen wurden vertagt, nachdem die Arbeiter-Vertreter die Forderungen ihrer Kollegen präzisieren hatten. In dem neuen Tarifvertrag soll die achtstündige Arbeitszeit genau umrissen sein und Rücksicht auf die Verteuerung der Lebenshaltung genommen werden. Ueber beide Punkte will die Reichsbahn-Direktion Erhebungen anstellen, ehe sie in neue Verhandlungen eintritt.